

Landesfeuerwehrverband

Fragen:

1. Kinderfeuerwehren / Jugendfeuerwehren: Was tun Sie für den Erhalt dieser Strukturen, die nicht durch Hauptamt ersetzbar sind?

Wir Freie Demokraten in Hessen wollen die Nachwuchsgewinnung durch die Jugendfeuerwehren weiter unterstützen. Dies funktioniert nur durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit bzw. öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, die ohnehin schon vorbildlich von den Feuerwehren durchgeführt werden. Wir wollen eine verstärkte Präsenz der Freiwilligen Feuerwehren in den Schulen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Schulen. Auch um Menschen mit Migrationshintergrund wird von den Freiwilligen Feuerwehren in Hessen angesichts der demografischen Entwicklung geworben. Diese integrativen Ansätze unterstützen wir ausdrücklich. Wir wollen zudem Hindernisse abbauen, die verhindern, dass Menschen sich ehrenamtlich betätigen. Wir brauchen hauptamtliche Unterstützung für das Engagement, insbesondere für Schulungen und Supervision, und flexible Projektförderungen, um passgenaue Integrationsangebote mit unterschiedlichsten Trägern anbieten zu können. Die Freiwilligen Feuerwehren leisten im Übrigen auch einen wertvollen Beitrag für die Nachwuchsgewinnung der Berufsfeuerwehren.

2. Einsatzabteilungen: Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um den Einsatzkräften von Feuerwehr und Rettungsdienst die gebotene Wertschätzung in unserer Gesellschaft zu geben?

Wir wissen um die Bedeutung und die Wichtigkeit der Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst. Für ehrenamtliche Helfer macht sich die FDP dahingehend stark, dass sie ein „Feuerwehreuzgenis“ fordert, welches den Ehrenamtlichen bei Bewerbungen im Berufsleben dienlich sein kann. In den Kommunen, denen im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brandschutz und in der Allgemeinen Hilfe eine besondere Stellung zukommt, werden wir uns ebenfalls für eine Kultur der Wertschätzung einsetzen. Die in einigen Kommunen bereits umgesetzte Förderung dieses verantwortungsvollen Ehrenamtes durch z.B. Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme von Kindertagesstätten, dem geförderten Bezug von Energie durch kommunale Versorger und sonstigen Vergünstigungen im sozialen und kulturellen Bereich, werden wir bestmöglich unterstützen.

3. Was tun Sie, um das flächendeckende System des Brandschutzes in Hessen durch Erhalt der Ortsteilfeuerwehren zu fördern?

Der Brandschutz in der Fläche ist Aufgabe des Landes und der Kommune gemäß dem Hessischen Gesetz über Brand- und Katastrophenschutz. Dabei sind die Aufgaben der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte als Selbstverwaltungsaufgaben in der eigenen Zuständigkeit der Kommunen belassen. Über die Einrichtung von Ortsteilfeuerwehren entscheidet somit die Kommune in eigener Verantwortung. Das Land muss die Kommunen in ihren Bemühungen um den Erhalt der Ortsteilfeuerwehren auch weiterhin unterstützen, z.B. bei der Beschaffung von Einsatzfahrzeugen.

4. Der Landesfeuerwehrverband Hessen sieht die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten als zwingend erforderlich an. Dies dient zum Schutz der Bevölkerung. Stimmen Sie dieser Aussage zu? Wie können Sie die Feuerwehren und somit die Bevölkerung bei der Einhaltung der Hilfsfrist unterstützen?

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag setzen uns für eine bestmögliche Ausstattung der Feuerwehren in Hessen ein. Diese sehen wir als eine elementare

Voraussetzung zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist. Die Feuerwehren sind so aufzustellen, dass sie in der Regel zu jeder Zeit und an jedem Ort ihres Zuständigkeitsbereichs innerhalb von zehn Minuten nach der Alarmierung wirksame Hilfe einleiten kann. Da die Einhaltung der Hilfsfrist auch voraussetzt, dass gerade zu den Tageszeiten genügend Einsatzkräfte zur Verfügung stehen, um wirksame Hilfe zu leisten, werden wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass der Anspruch auf Freistellung durch den Arbeitgeber auch tatsächlich umgesetzt wird. Die Kommunen in ihrer Funktion als Arbeitgeber müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

5. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben zu entlasten?

Die Verwaltungsaufgaben dürfen nicht weiter ansteigen. Außerdem müssen die kommunalen Verwaltungen Unterstützungsleistungen für die ehrenamtlich Tätigen erbringen. Zu prüfen ist, ob hier auch weitere potentielle Tätigkeitsfelder für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können.

6. Wie können Initiativen zur Mitgliedergewinnung in den Einsatzabteilungen unter besonderer Beachtung von Frauen und Migranten gefördert werden?

Die Frage der geeigneten Bewerber orientiert sich weder am Geschlecht noch am Migrationshintergrund. Wegen der nach wie vor mangelnden Repräsentanz der genannten Gruppen in den Feuerwehren ist eine gezielte Werbung sinnvoll. Darüber hinaus sind wir Freie Demokraten der Ansicht, dass die Mitgliedergewinnung gerade von Frauen in den Einsatzabteilungen noch immer nur dann möglich ist, wenn eine Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mitgliedschaft bei der Feuerwehr tatsächlich möglich ist. Hierzu müssen neben Kindergarten- und Schulbetreuung weitere Voraussetzungen geschaffen werden, die den spezifischen Herausforderungen von Familie, Beruf und Mitgliedschaft gerecht werden können.

7. Eine auskömmliche Mittelzuwendung im Landeshaushalt zur Förderung des Brandschutzes, insbesondere für die Beschaffung von technischem Gerät, welches dem jeweiligen Gefahrenniveau angepasst ist, ist unumstößlich. Wie bewerten Sie dies und welche Mittelbeabsichtigen Sie hierfür, über die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer hinaus, jährlich insgesamt einzustellen?

Wir Freie Demokraten im Hessischen Landtag nehmen die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes ernst und unterstützen daher die Zuweisung zusätzlicher Mittel. Bekanntlich sind die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer starken Schwankungen unterworfen. Das Land Hessen muss deshalb die Möglichkeit haben, auch künftig „normale Haushaltsmittel“ zu verwenden.

8. Die Preisentwicklung der vergangenen Zeit führte dazu, dass eine Landesförderung zu den tatsächlich entstehenden Kosten nicht mehr im Verhältnis steht. Wie beabsichtigen Sie die Preisentwicklung bei einer zukünftigen Landesförderung zu berücksichtigen?

Als Freie Demokraten möchten wir sicherstellen, dass die Landesförderung im angemessenen Verhältnis zu den tatsächlich entstehenden Kosten steht. Dazu beabsichtigen wir folgende Maßnahmen zu ergreifen: Wir werden eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Landesförderung durchführen, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Bedingungen gerecht wird. Dabei werden wir die Preisentwicklung sowie andere relevante Faktoren berücksichtigen. Um flexibel auf unvorhergesehene Preisveränderungen reagieren zu können, werden wir Flexibilität in den Förderprogrammen schaffen. Dies könnte beispielsweise die Möglichkeit von Nachjustierungen oder Anpassungen der Förderhöhe im Laufe des Projekts beinhalten. Eine systematische Marktbeobachtung wird Teil unserer Vorgehensweise sein, um die Preisentwicklung in relevanten Bereichen zu verfolgen. Durch den Vergleich mit Benchmarks und branchenüblichen Preisen können wir sicherstellen, dass die Landesförderung nicht überhöht oder unzureichend ist. Transparenz ist uns ein

wichtiges Anliegen. Daher werden wir klare und transparente Kriterien und Verfahren für die Vergabe von Landesförderungen etablieren. Dies schafft Transparenz und gewährleistet eine faire und objektive Bewertung der Förderanträge unter Berücksichtigung der aktuellen Preisentwicklung. Ein enger Dialog mit den betroffenen Akteuren, wie beispielsweise Unternehmen, Verbänden und Experten, ist uns ebenfalls sehr wichtig. Durch diesen Austausch können wir Informationen über die Preisentwicklung aus erster Hand erhalten und die Bedürfnisse und Herausforderungen der verschiedenen Branchen besser verstehen. Unser Ziel ist es, die Preisentwicklung bei zukünftigen Landesförderungen angemessen zu berücksichtigen und sicherzustellen, dass die Fördermittel effektiv und effizient eingesetzt werden, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Mit diesen Maßnahmen streben wir eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik an, die den aktuellen Anforderungen gerecht wird.

9. Verantwortung für Qualität: Was werden Sie konkret veranlassen, um die Ausbildungsmöglichkeiten für Feuerwehrangehörige auf den verschiedenen zu Ebenen zu sichern und zu erweitern? Wie stehen Sie zur Entlastung regionaler Ausbildungszeiten?

Grundlage einer guten Führungskultur in der Feuerwehr ist eine gute Ausbildung durch die Wehren vor Ort, aber auch durch ein umfassendes und hochwertiges Angebot der Landesfeuerwehrschule. Familienfreundliche Ausbildungsbedingungen, wie die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Kinderbetreuungskosten erstattet zu bekommen, tragen dazu bei, dass diese Angebote auch von Menschen mit Kindern besser genutzt werden können.

10. Aus fachlicher Sicht sieht es der Landesfeuerwehrverband als unumstößlich an, die nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr auch auf Ebene des Landes in eine Hand zu geben. Unterstützen Sie eine organisatorische Zuordnung des Rettungsdienstes als Bestandteil der Gefahrenabwehr in das Innenministerium?

Die Frage der Ressortverantwortung wird Gegenstand von Koalitionsverhandlungen sein. Dabei wird eine angemessene Abwägung zwischen dem angesprochenen Aspekt der Bündelung einerseits und der Verknüpfung mit dem Krankenhauswesen andererseits vorgenommen werden müssen.

11. In den bestehenden und bewährten Integrierten Zentralen Leitstellen in Hessen muss die Koordination des Brandschutzes, des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes sowie des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes stattfinden. Gerade beim Ärztlichen Bereitschaftsdienst könnte so aus einer Hand geholfen und unnötige Verzögerung für den Hilfesuchenden vermieden werden. Derzeitigen Diskussionen zu einer Auftrennung der Gefahrenabwehrbereiche Brand-/Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind strikt abzulehnen. Wie sieht hier Ihre konkrete Unterstützung aus, um diese Forderung gemeinsam mit uns umzusetzen? Hierbei ist das Regierungspapier auf Bundesebene zu Integrierten Notfallzentralen (INZ) an Kliniken sowie der dabei beschriebenen Gesundheitsleitstellen, ohne erkennbare Ansätze für Brandschutz, Hilfeleistung, allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz nicht Ziel-führend und gefährden die Sicherheit der Bevölkerung durch die rein gesundheitspolitische Betrachtung unter Abwendung von der gemeinsamen Gefahrenabwehr mit den Integrierten Zentralen Leitstellen. Wie sieht hier Ihre konkrete Unterstützung aus, um die Integrierten Zentralen Leitstellen der Gefahrenabwehr zu erhalten und mit Schnittstellen und Weisungsbefugnis gegenüber der ärztlichen Vertretungsdienste und der Krankenfahrdienste auszustatten, um dienstleistungsorientiert den Bürger:innen Hilfe zukommen zu lassen?

Grundsätzlich steht die FDP Hessen neuen Behördenstrukturen immer offen gegenüber. Sie müssen Folge einer Aufgabenkritik sowie einer Effizienz- und Evaluierungsphase sein. Nach den bisherigen Erkenntnissen scheint ein totales Nebeneinander von Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst nicht klug zu

sein. Eine totale Integration ist das andere Extrem. Wir gehen davon aus, dass ein Mittelweg die geeignete Lösung sein wird. Die Methoden der Steuerung medizinischer Einsätze aus der Leitstelle ist eine gute Ergänzung, um die Notarzteinsätze besser zu steuern und die richtigen Krankenhäuser bzw. Hausärzte anzufahren. Hier kann der Modellversuch im Main-Kinzig-Kreis zur Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung (SaN) wertvolle Erkenntnisse liefern.

12. Überörtliche Planungen im Bereich des Brandschutzes und des Katastrophenschutzes erfordern immer öfter das finanzielle Engagement der Kreise um Fähigkeitslücken zu schließen. Wie sehen Sie hier die finanzielle Förderung der Kreise analog zu den Förderrichtlinien, die für die öffentlichen Feuerwehren in den Kommunen gelten?

Wir stehen einer finanziellen Förderung der Kreise analog zu den Förderrichtlinien, die für die öffentlichen Feuerwehren in den Kommunen gelten positiv gegenüber.

13. Katastrophenschutz (KatS): Die hessische Polizei wurde aktuell mit einer hochmodernen landeseinheitlichen Software zur Einsatzführung bei Großschadenslagen ausgestattet. Werden Sie die Einführung einer Software zur vernetzten und einheitlichen Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes als Aufgabe der Landesregierung vorantreiben?

Die FDP steht für Digitalisierung wie keine andere Partei. Wir setzen uns neben der Digitalisierung der Verwaltung ebenso im Bereich der Feuerwehren und Rettungsdienste für eine hochmoderne einheitliche Software ein, damit die Kommunikation zwischen den Stäben des Katastrophenschutzes unkompliziert und schnell erfolgen kann.

14. In welchen materiellen und organisatorischen Bereichen sehen Sie im hessischen Katastrophenschutz noch Entwicklungspotential und wie planen Sie dessen Finanzierung?

Wie bereits in der obigen Antwort zu erkennen ist, sieht die FDP insbesondere im Bereich der notwendigen Digitalisierung noch erhebliches Entwicklungspotential. Dem muss im Haushaltsplan in der nächsten Legislaturperiode Rechnung getragen werden.

15. Wie stehen Sie zu der finanziellen Unterstützung der unteren Katastrophenschutzbehörden bei der Unterbringung der Landesfahrzeuge des Katastrophenschutzes gemäß HBKG?

Die Förderquote für Unterstelleneinrichtungen von Landesfahrzeugen sollte aus unserer Sicht höher ausfallen und tendenziell über der für die kommunalen Fahrzeuge liegen, da hier die Kommunen eine überörtliche Aufgabe mit übernehmen.

16. Das Land unterstützt die Mitwirkenden im Katastrophenschutz mit Fahrzeugen und Geräten und weist diese den Hilfsorganisationen und Kommunen direkt zu. Wie sehen Sie in der Zukunft die Beteiligung der Kreise bei den Planungen hierzu sowie die direkte Zuweisung dieser Fahrzeuge und Geräte an die unteren Katastrophenschutzbehörden, da nur diese in der Lage sind die Leistungsfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten vor Ort zu beurteilen um somit einen Betrieb der Fahrzeuge und Geräte im Einsatz sicher zu stellen?

Aus unserer Sicht überwiegen die Vorteile einer direkten Zuweisung. Zum einen kann hier eine effiziente Ressourcenverteilung stattfinden, denn die Landkreise kennen ihre eigenen Bedürfnisse am besten und können die Ausrüstung gezielt einsetzen. Zum anderen die schnelle Reaktionszeit, denn durch den direkten Zugang zu den Ressourcen können die Kommunen im Notfall schnell handeln, ohne auf externe Genehmigungen oder Zustimmungen warten.

17. Feuerwehrvereine / Ehren- und Altersabteilungen: Wie gedenken Sie die Feuerwehrvereine und Verbände als Kulturträger zu unterstützen?

Die FDP sieht die Feuerwehrvereine als Kulturträger, die für Tradition, die Sicherung der Lebensqualität und die Identifikation mit dem lokalen Umfeld stehen. In dieser Funktion soll es ihnen auch möglich sein, finanzielle Mittel aus dem Bereich der Kulturförderung zu erhalten. Wir stehen diesbezüglichen Überlegungen und Anregungen offen gegenüber und werden den Dialog mit ihnen gerne fortsetzen. Außerdem wollen wir bürokratische Hürden abbauen, die teilweise in unverständlicher Weise die Zusammenarbeit zwischen Einsatzabteilungen und Feuerwehrvereinen behindern.

18. Unser Ziel ist es Möglichkeiten zu suchen, wie Menschen, die nicht in den Einsatzabteilungen aktiv sein können/wollen, sich in die Arbeit der Feuerwehr einbringen können. Wie unterstützen Sie dies?

Wir Freie Demokraten unterstützen die Idee, dass Menschen, die sich nicht am Einsatzgeschehen beteiligen können oder wollen, auf andere Weise an der Feuerwehr teilhaben können. Dies kann beispielsweise durch die Übernahme von Verwaltungsaufgaben oder anderer besonderer Aufgaben geschehen.

19. Was tun Sie, um die Anerkennungskultur für langjährigen Dienst in Feuerwehr und Katastrophenschutz auszubauen?

Die FDP setzt sich für eine Wertschätzung und eine Anerkennungskultur für die Feuerwehrmitarbeiter ein. Für die Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren fordern wir ein sog. Feuerwehrzeugnis, das diesen zum Beispiel im Rahmen von Bewerbungen bei einer Stellensuche hilfreich sein kann. Dafür hat sich die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag bereits in der laufenden Legislaturperiode eingesetzt. Für den Einsatz in den Freiwilligen Feuerwehren haben wir ermöglicht, dass bei langjährigem Engagement eine Anerkennungsprämie gezahlt werden kann. Auf Bundesebene verfolgen wir weiterhin das Ziel steuerlicher Entlastungen ehrenamtlicher Betätigung.

20. Entwicklung der Besoldungsstruktur der hauptamtlichen Feuerwehrkräfte: Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die in den letzten Jahren entstandenen Nachteile in der Besoldung der hessischen Feuerwehrbeamtinnen und -beamten ausgleichen bzw. an das Besoldungsniveau, zum Beispiel des Landes Bayern angleichen?

Die FDP steht in der kommenden Legislaturperiode, soweit Spielraum besteht, der Prüfung einer Anpassung offen gegenüber.

21. Klimapolitik und Mobilität: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie in Bezug auf die Auswirkungen der geänderten Anforderungen hinsichtlich der Mobilität von ehrenamtlich Tätigen?

Beim Feuerwehrbedarfsplan und den Standortentscheidungen muss das veränderte Mobilitätsverhalten der Feuerwehrleute berücksichtigt werden. Das betrifft insbesondere die Möglichkeiten der Feuerwehrleute, binnen der kurzen Hilfsfristen die Feuerwehrstandorte zu erreichen. Außerdem werden wir auch in Zukunft Feuerwehrfahrzeuge mit Diesel bzw. E-Fuels benötigen, um einsatzfähig zu sein, da nicht immer eine E-Tankstelle zum Aufladen der Einsatzfahrzeuge vorhanden sein wird.